PLATTFORM NEWS

PN 2/11

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE)

APRIL 2011 · EURO 2,–

Das Kind endlich beim Namen nennen

Denn ihre Betreiber gehen über Leichen

Polizei sprach einst von „krimineller Energie“ der Antiatom-Demonstranten!

Es scheint uns an der Zeit, **das „Kind“ beim Namen zu nennen...**

Die Nutzung der Atomenergie ist in tiefem Sinne kriminell. In ihrer kriegerischen Variante sowieso. In ihrer zivilen ebenso:

Kriminell ist es, zur Deckung alltäglicher Bedürfnisse (Energieversorgung) ein derartiges Damoklesschwert über Ländern, über Kontinenten und über Generationen aufzurichten. Denn das ist extreme Unverantwortlichkeit. Ist bewußte Fahrlässigkeit gegenüber Generationen. Ist kalt rechnen mit der Opferung ganzer Landstriche und Städte. Die politischen und industriellen Machthaber sowie Wissenschaftler des atomaren Komplexes gehen über Leichen. Das wird gerade an ihren weltweiten Reaktionen auf Fukushima von neuem offenbar: weitermachen, und weitermachen beinahe, als wären nicht alle ihre Behauptungen Lügen gestraft worden.

Kriminell und von unglaublicher Brutalität ist seit Anbeginn des Atomzeitalters der Umgang mit den Ureinwohnern in Australien, USA, Afrika, Asien: auch noch über Gebiete ihrer vermeintlich öden, unwirtlichen Reservate entzog man ihnen die Verfügungsgewalt, sobald man bei ihnen Uran entdeckte. Strahlende Abraumhalden, von denen Wind und Regen Unmengen radioaktive Partikel unkontrollierbar über weite Zonen und ungewarnte, uninformierte Bevölkerungen vertragen, sind dabei ein permanentes niedrigschwelliges Verbrechen im Verbrechen. Begangen von der französischen Areva an den Tuareg um die riesige Uranmine von Arlit, von Energy Resources Australia

(ERA) an den Aborigines, im Gebiet der Ranger oder Jabiluka Mine usw.

Kriminell ist die Weiterverbreitung von atomarem Material und von Technologie, die zur Herstellung von Atomsprengkörpern verwendet werden können. Dabei ist es ziemlich egal, ob damit Staaten und Regime beliefert werden – wie zB Pakistan vor schon 30 Jahren mit einer Wiederaufbereitungsanlage von Frankreich (> Plutoniumabtrennung > Plutoniumbombe). Oder ob Atommaterial und -technik auf Schleichwegen, über Mafianetze in die Hände von Erpressern oder Terroristen geraten.

Kriminell ist es, mit Diktatoren nukleare Geschäfte zu machen: Heute spielt der französische Staatspräsident Sarkozy den Kriegsherrn gegen Gadhafi, bis vorgestern hofierte er den libyschen Autokraten im Pariser Elysée-Palast und schloß mit ihm einen Vorvertrag über den Bau von zwei EPR-Reaktoren durch den französischen Atommulti Areva ab. Hausieren geht Sarkozy mit seinen Reaktoren im übrigen bei jedem potentiellen Abnehmer, wie unzuverlässig, korrupt oder unfähig auch immer ein Regime X oder Y ist.

Kriminell ist die permanente Informationsunterdrückung, -verdrehung und -fälschung seitens der Atomindustrie und häufig auch staatlicher Stellen. Die Fukushima-Firma TEPCO beging solche Delikte schon in der Vergangenheit gleich dutzendweise und setzte diese Praxis aktuell weitgehend fort. In Putins Rußland werden Aufklärer, Demonstranten und Anwälte, die Mißstände im Atomkomplex Majak und anderswo aufdecken, mit telefonischen Morddrohungen eingeschüchtert, bisweilen tatsächlich überfallen und zusammengeschlagen und stehen fast aussichtslos in unfairen Gerichtsprozessen. Und natürlich nicht nur in der Ex-Sowjetunion.

Kriminell sind aber auch schon lange vor dem Super-GAU ganz „hausbackene" Praktiken im laufenden Geschäft: Probleme vertuschen, trotz Pannen den Betrieb weiterlaufen lassen u.ä., um nur ja keinen Tag Profit zu verlieren.

Mit kriminellen Praktiken gespickt und von einer kriminellen Grundhaltung getragen ist die Atomwirtschaft von der Wiege bis zur Bahre: von der Uranförderung bis zur Hypothek jahrtausendelang strahlender Abfälle, von denen jetzt schon nur eines sicher ist: daß alle kommenden Generationen sie tragen müssen.

Ja, aus all diesen Gründen ist die breite, industrielle Anwendung der Atomenergie kriminell. Und dementsprechend sind ihre vehementen Betreiber und Verharmloser in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu beurteilen.

Die unmittelbare Inspiration zu dem Slogan von der kriminellen Atomenergie geht zurück auf die deutsche Staatsgewalt: Polizei und Politiker in Deutschland und damit häufig auch die Medien schrieben besonders in den großen Atomkonfliktender 1970-80er (um Gorleben, WAA Wackersdorf usw) – den Demonstranten **„ein hohes Maß an krimineller Energie"** zu: im wesentlichen, um sie und die ganze Aufbegehrer-Schar in die Nähe Krimineller zu rücken. **Auch diese Andichtung wollen wir mit dem Sticker gegen die „wahren Verursacher" der Konflikte und der Bedrohung umdrehen...**

Daher **für Energien, die nicht Gegenwart und Zukunft bedrücken,** ein neues Zeichen setzen – mit dem **PLAGE- Aufkleber „Kriminelle ATOM Energie".** Es gibt ihn in den 2 Größen und Motiven und in den gezeigten Farben.

Einzelpreis
Autokleber: 0,70 Euro
Briefkleber: 0,30 Euro

Mengenrabatt
ab10 Stück reduziert den Stückpreis
für A: 0,40 Euro (> 10 Stk = 4,- Euro);
für B: 0,15 Euro (> 10 Stk = 1,50 Euro).

(Egal, ob alle von gleicher Sorte/Farbe/ Sprache oder gemischt.)

Erhältlich bei Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE), Nonntaler Hauptstr. 86, A-5020 SALZBURG / ÖSTERREICH (Tel. +43-(0)662-643 567; info@plage.cc)

Gegen Vorauszahlung einfach per Geldschein im Brief oder per Überweisung auf 63040 bei Salzburger Sparkasse, BLZ 20404, vom Ausland: BIC SBGSAT2SXXX, IBAN AT632040400000063040.

Die Atomlobby geht über Leichen

Atomwirtschaft ist so sicher wie die „Titanic". Atompolitik ist die Mutter aller Unverantwortlichkeit. Staudämme bersten, weil auch sie nicht absolut sicher sind. Aber das Höllenfeuer (Plutonium-Halbwertszeit: 24.000 Jahre) ist Strahlentod auf Generationen hinaus, ein Verbrechen an Kindern und Kindeskindern.

Das Verbrechen beginnt schon mit der kriminellen Energie der Atomindustrie: Regierungen erpressen sowie Täuschen, Leugnen, Lügen. Nicht nur der japanische Atomkonzern hatte Sicherheitsüberprüfungen bloß auf dem Papier vorgenommen und sogar gefälscht. Ähnliches erlebte das achtsame Deutschland.

Kronenzeitung 19. 3. 2011

Nicht nur ungestraft vertrieben, sonder auch noch „selber schuld“!

Opfer eines Atomunfalls müssten dauerhaft umziehen

Stellen wir uns nur einmal vor, Biblis A, wieder in Betrieb genommen, erleidet eine Kernschmelze. Die Bevölkerung im Umkreis, jetzt mal beliebig: 100 Kilometer, müsste ihre Häuser, ihre Arbeitsstätten für immer verlassen. Versicherung gibt es keine. Also müsste die Regierung dafür sorgen, dass die Menschen in Deutschland irgendwo untergebracht werden, wo sie keiner Strahlenbelastung ausgesetzt sind. Gibt es dafür Notfallpläne? Wovon sollen sie in Zukunft leben? Mit der deutschen Mitmenschlichkeit hält es sich bestimmt in Grenzen, wenn die Leute dauerhaft Familien zugewiesen werden, die ein Fremdenzimmer oder eine Wohnung frei haben. Analog dazu werden die Betroffenen von der Regierung zu hören bekommen – nachdem alle langsam genervt sind von den immer bedrohlicher werdenden Schreckensmeldungen – dass sie doch auch spätestens seit Fukushima aus dem Einzugsgebiet eines AKW hätten wegziehen müssen und dass man schon immer gesagt habe, dass ein Restrisiko bestehe. So wird es kommen, wenn nicht alle AKW schnellstmöglich abgeschaltet werden! 5.2.4.11

Brigitte Hagemann-Steitz
Gelnhausen

Mag. Heinz Stockinger hat öffentlich (am 16. März bei **Landtagssitzung zu EURATOM-Austritt und Atomstromimport-Stopp)** seine Enttäuschung über Politiker geäußert.
Ich kann nur sagen: Bravo Heinz!
Es betrifft nicht nur die Salzburger Politiker. Faymann macht sich plötzlich stark für EU weite Anti-Atom-Umfragen und -Abstimmungen. Er ist aber nicht fähig zu sagen: „Österreich raus aus Euratom“. Es ist immer dasselbe. Kaum passiert etwas, überschlagen sich diese Wichtigtuer. Zwischenzeitlich das Hirn einschalten ist nicht drin!

Evelyn Zamecnik,
Radio Eurosolar Salzburg

Salzburger Nachrichten

Leserbrief, 24. 3. 2011

PLAGE TAGE BUCH

Berichtigung zum „Atomdisput“

In der Tat habe ich im Landtag vom 16. 3.* „heftige Kritik“ am Großteil der Abgeordneten geübt. Keinesfalls handelte es sich dabei aber um einen „Wutanfall“. Vielleicht in so etwas wie „heiligem Zorn“, aber in äußerst überlegten, beherrschten und dabei ungeschminkten Worten habe ich meine Entrüstung über pauschale, unverbindliche Bekenntnisse gegen die Atomenergie und über die Weigerung, auch nur in einer bloßen schriftlichen Willensbekundung (Resolution) des Landtags etwas Substanzielles zu beschließen, geäußert. Insbesondere haben unsere Abgeordneten – aus Anlass des Fukushima-Atomdesasters! – in puncto Österreichs Haltung zum Euratom-Vertrag weniger gefordert als 2007.** Sie zeigen gleichsam weniger Mut, als sie es ohne eine solche Katastrophe taten. Das ist umso unbegreiflicher, als sie – wie die gesamte österreichische Politik – hier die österreichische Bevölkerung wahrlich hinter sich hätten, mehr als in irgendeiner anderen wesentlichen Frage.

Heinz Stockinger, Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)
5020 Salzburg

Heinz Stockinger, Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE), 5020 Salzburg.

* Als Auskunftsperson geladen zu einem Antrag der GRÜNEN betreffend EURATOM-Austritt Österreichs und Stopp des Atomstromhandels der Salzburg AG (SAG). Zwei Wochen später lud die FPÖ den PLAGE-Vertreter zu einem ähnlichen Nach-Fukushima-Antrag in den Landtag, im vergangenen Herbst die SPÖ betreffend AKW Ohu/Isar-1 und Laufzeitverlängerungen in Deutschland.

** Damals, im Mai 2007, die Einleitung des Austritts, falls nicht innerhalb von drei Jahren eine EURATOM-Reform angegangen würde. Der Salzburger Landtag hätte also bereits 2010 die Bundesregierung auffordern müssen, die Kündigung des EURATOM-Vertrages in die Wege zu leiten. Und nun, nach Fukushima, wollten SPÖ, ÖVP, aber auch FPÖ nicht einmal mehr das!

VER-SAGER

„Aber nach dem Erdbeben in Lissabon 1755 hatten wir einen.“

... einen Tsunami in Nordeuropa nämlich, schreibt der ex-Herausgeber des NIRS/WISE Nuclear Monitor, Stuart FIELD, in einem Mail im [no-nukes]-Netzwerk. In Artikeln und TV-Diskussionen hatten Atompropagandisten, beispielsweise in Frankreich, umgehend die wesentliche Frage und Lehre aus Fukushima beiseitegeschoben, nämlich: dort ist der Super-GAU passiert, der laut jahrezehntelangen Behauptungen gar nicht passieren sollte, und schon gar nicht mit westlicher Nukleartechnik. Sie hatten sich augenblicklich auf einen Unterschied in den Rahmenfaktoren nicht-japanischer Reaktoren gestürzt: den Tsunami-Faktor. Sogar da aber liegen sie falsch, wie obiger Blick in die Geschichte zeigt.

SAGER

„Die Tragödie in Japan dürfte weitere Verzögerungen verursachen.“

– Chris CRAGG in der eher der etablierten Energiewirtschaft zugeneigten Fachzeitschrift „European Energy Review“, Ausgabe vom 21.3.2011. Der Titel seiner ausführlichen Analyse, „Steht die Atom-Renaissance vor einem Dreißigjährigen Krieg?“, spielt schon an auf die härteren Zeiten, die nach Fukushima für die Atomwirtschaft angebrochen sind. Craigg hält aber auch fest, daß schon vor dem Japan-Schock „die atomare Renaissance stets eher eine Ansage als eine Realität war“. Ganz „gewiß in den OECD-Staaten, wo eine Ausweitung der Nuklearkapazitäten illusorisch bleibt.“

„Wie ein alter Soldat, der nicht sterben will…“

„…, aber einfach immer weniger wird“ – so wie man es von Menschen sagt, die ständig abmagern. So sieht Energie-Fachautor Chris CRAGG die Atomenergie nach Fukushima in der Ausgabe vom 21.3.2011 der „European Energy Review“.

SAGER

„Fukushima als Störfall ihres Selbst.“

Anders ausgedrückt: als „Betriebsunfall“ in ihrem „Maschinentraum“. So „empfinden“ laut Dietmar DATH im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 14.4.2011 die Japaner „die Katastrophe“. Denn sosehr „sind die Japaner von Technik durchdrungen“.

Die Atomokraten: da gehen sie auf Tauchstation

From: Ulla Klotzer [mailto:ullaklotzer@yahoo.com]
Sent: Sunday, March 20, 2011 1:51 PM
To: no-nukes; Mark Johnston
Subject: Re: [no-nukes] US govt nuclear safety site made unavailable in recent days

Auch in Finnland fiel die Homepage der STUK (Atomsicherheitsbehörde) aus. Konnte am Freitag nicht in sie reinschauen. Heute sind ein paar Presseaussendungen darauf verfügbar, aber zum Beispiel in alte Aussendungen oder sonstige Unterlagen kommt man nicht rein.
Ulla aus Finnland

On Sat, 3/19/11, Mark Johnston <mark.johnston.esq@gmail.com> wrote:
From: Mark Johnston <mark.johnston.esq@gmail.com>
Subject: [no-nukes] US govt nuclear safety site made unavailable in recent days
To: "no-nukes" <no-nukes-eur@lists.foei.org>
Date: Saturday, March 19, 2011, 8:03 AM

Hallo Leute!
Ich habe die Webseite http://www.insc.anl.gov/ einer US Regierungsagentur (als Teil von http://www.anl.gov/) viele Jahre hindurch aufgesucht, um zu grundlegender offizieller Information zu gelangen. Zum Beispiel zu Landkarten und die Leistungsstärke von AKWs weltweit. Auch vergangenes Wochenende, während der ersten Tage des Unfalls in Japan bin ich draufgegangen und habe ihren Inhalt wie gewöhnlich voll verfügbar gefunden.
Jetzt jedoch, als ich sie gestern wieder aufsuche, stelle ich fest, daß die gesamte Webseite nur noch mit Paßwort zugänglich ist! Warum wohl kann die US-Regierung Grundinformation zurückziehen wollen, die sie zuvor jahrelang öffentlich gemacht hat? (...)
Mark

Portal amerika21.de
Forum für ein anderes Amerika

Atomkraft in Lateinamerika

(Mexico-Stadt/Brasilia/Buenos Aires) Nach der Reaktorkatastrophe in Japan im März 2011 hat die Debatte um Atomkraft in vollem Maße auch Lateinamerika erreicht. Kritiker sehen sich auch hier in der Befürchtung bestätigt, dass das Risiko von Atomkraftwerken vom Menschen am Ende nicht zu kontrollieren ist.
Die Debatte bekam Auftrieb, nachdem mehrere Regierungen Südamerikas in den vergangenen Jahren den Bau von Atomreaktoren angekündigt haben, um chronischen Energieengpässen in der wirtschaftlich aufstrebenden Region entgegenzuwirken. Entsprechende Absichtsbekundungen kamen aus Venezuela und Chile.
Bislang besitzen nur die Regionalmacht Brasilien, Argentinien und Mexiko eigene Atomkraftwerke.

AKW-Komplex Atucha in Argentinien

Nach Angaben der industriefreundlichen World Nuclear Association bestehen in den drei Staaten sechs aktive Atomkraftwerke. Dennoch ist ihre Bedeutung für die nationale Stromversorgung marginal.
Unter dem Eindruck der Katastrophe verändert sich die Lage nun grundlegend. Während die AKW-Staaten unter Druck geraten, hat Venezuelas Regierung bereits angekündigt, auf Pläne zum Bau von Nuklearreaktoren zu verzichten.
Bereits am 15. März forderte der Präsident des brasilianischen Senats und ehemalige Staatspräsident José Sarney ein Innehalten in der Atompolitik. Am Mittwoch darauf stimmte das Abgeordnetenhaus für eine öffentliche Anhörung über die Nutzung von Kernenergie. „Der Unfall von Fukushima lässt Zweifel an der Sicherheit der Kraftwerke aufkommen und löst eine Debatte aus über die Notwendigkeit, diese Art von Energie zu nutzen", sagte der Abgeordnete Ricardo Tripoli der oppositionellen sozialdemokratischen PSBD. Jorge Viana, Senator der regierenden Arbeiterpartei (PT) forderte im Senat ebenfalls eine Untersuchung der Reaktorsicherheit.
In Mexiko waren es vor allem Nichtregierungsorganisationen, die ein Umdenken in der Energiepolitik einforderten. Allen voran Greenpeace: „Die Regierung versucht die unabänderlichen Risiken dieser Energieoption kleinzureden", heißt es in einer Pressemitteilung. Mexiko verfüge über ausreichendes Energiepotenzial, um auch ohne Atomkraft die Versorgung sicher zu stellen. Dennoch plane die Regierung in den nächsten 17 Jahren den Bau von bis zu zehn neuen Reaktoren. Dies werde mit einer massiven Pro-Atomkraft-Kampagne seitens des Energieministeriums vorbereitet.
Aus diesem Ministerium hieß es nun erneut, dass es sich beim Doppelkraftwerk Laguna Verde um eines der sichersten seiner Art handle. Außenministerin Patricia Espinoza leugnete indes Pläne für den Bau weiterer Reaktoren. Man wolle künftig auf sauberen Strom aus erneuerbaren Energieträgern setzen, sagte sie am Dienstag am Rande eines Besuches in Brüssel. Kernenergie deckt zur Zeit vier Prozent des mexikanischen Energiebedarfs.

(Quelle: amerika21.de, 17.3.2011)

Deutsche Regierung fördert Bau brasilianischen Atomkraftwerks

(Berlin/Brasília) Die deutsche Bundesregierung unterstützt im Rahmen einer Hermes-Bürgschaft weiterhin den Bau des brasilianischen Atomkraftwerks Angra III mit 1,3 Milliarden Euro. Einen gemeinsamen Antrag von Grünen und SPD, der unter anderem vorsah, die Bürgschaft zurückzuziehen, lehnte der Bundestag mit Stimmen der Koalition ab.
Angra III wäre der dritte Reaktor an der Küste des Bundesstaates Rio de Janeiro. Der Bau wurde mittels eines Abkommens zwischen Bundesregierung und der brasilianischen Militärjunta im Jahr 1975 initiiert und 1986 aufgrund ökologischer Bedenken abgebrochen, bevor es 2010 zu einer Neuaufnahme des Projektes kam.
Die sogenannten **Hermes-Deckungen** sollen Außenhandelsaktivitäten deutscher Unternehmen, in diesem Fall Areva/Siemens, gegen Verluste durch ausbleibende Zahlungen schützen.

(Quelle: amerika21.de, 24.3.2011)

Campact-Kampagne: *Trotz Fukushima will die Bundesregierung den Bau des brasilianischen AKW Angra 3 fördern – mitten im Erdbebengebiet! Fordern Sie von den zuständigen Ministern den Stopp der Atom-Bürgschaft! - Unterzeichner/innen Mitte April: ca. 120.000.*

Salzburger Nachrichten 5. April 2011

Österreich kann Atom-Länder klagen

Neuland. Das Völkerrecht biete sehr wohl Handhabe, sagt jetzt ein Rechtsprofessor.

SALZBURG (SN). In der Frage, ob ein EU-Mitgliedsstaat wie das AKW-freie Österreich mit den Mitteln des Rechts gegen andere Staaten vorgehen kann, die weiter auf Kernkraftwerke setzen, vertritt der Salzburger Völkerrechtsprofessor Michael Geistlinger die Meinung: Man kann. Das Völkerrecht – dem die EU wie auch ihre Mitgliedsstaaten unterliegen – biete entsprechende Handhaben – man müsse nur wagen, völkerrechtliches Neuland zu betreten.

Bekanntlich ist José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, im Gegensatz zu dieser Rechtsmeinung überzeugt, dass Österreich anderen Mitgliedsstaaten nicht vorschreiben kann, ihre AKW abzuwracken. Und auch der Innsbrucker Europarechtler Walter Obwexer meint, die Kommission könne bloß einen Rechtsakt erlassen, der die Staaten verpflichte, auf erneuerbare Energie zu setzen. Mit anderen Worten – Zurückdrängung der Atomenergie ja, rechtliche Pflicht zum Ausstieg nein.

Österreich müsste aus dem EURATOM-Vertrag einseitig austreten und Gerichte befassen. Bild: SN/APA/KARL-JOSEF HILDENBRAND/DPA

Dem widerspricht der Völkerrechtler Michael Geistlinger und verweist auf das internationale Umweltrecht als Teil des Völkerrechts. Es sei für die Frage der Planung, der Errichtung und des Betriebs von AKW maßgeblich, weil diese Einflüsse auf die Umwelt wirkten, die sich nicht auf das Territorium eines Staates begrenzen lassen. AKW unterliegen den wichtigsten Normen völkerrechtlichen Umweltrechts: dem Verursacher-, Vorbeuge- und Vorsorgeprinzip und der umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Der Rechtswissenschafter verhehlt aber nicht, dass das eine rechtliche Pionierleistung Österreichs bedeuten würde: einseitiger Austritt aus dem EURATOM-Vertrag bei aufrechter EU-Mitgliedschaft sowie Staatenbeschwerden vor Internationalen Gerichtshöfen. **Seite 18**

Mit dem Völkerrecht

Kernkraftwerke. Planung, Errichtung und Betrieb sind keine Frage alleiniger staatlicher Hoheitsgewalt:

staatlicher Hoheitsgewalt.
Das Völkerrecht spricht mit.

gegen Kernkraftwerke

Bild: SIVLIANE BICHTER - FOTOLIA

A. O. PROF. MICHAEL GEISTLINGER
Universität Salzburg

In der augenblicklichen Debatte innerhalb der Europäischen Union (EU) und ihrer Mitgliedsstaaten wird gern darauf verwiesen, dass die Frage der Energiepolitik eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten sei, auf die die Organe der EU nur einen begrenzten Einfluss hätten. Was dabei nicht angesprochen wird, ist, dass beide, die EU als internationale Organisation und auch ihre Mitgliedsstaaten, dem Völkerrecht unterliegen.

Es geht insbesondere um einen Teil des Völkerrechts – das internationale Umweltrecht –, das für die Frage der Planung, der Errichtung und des Betriebs von Kernkraftwerken maßgeblich ist, und zwar deshalb, weil Kernkraftwerke Einflüsse auf die Umwelt bewirken, die sich nicht auf das Territorium eines Staates begrenzen lassen.

Die wichtigsten Handhaben

Kernkraftwerke benötigen Wasser zur Kühlung und geben dabei Radioaktivität an dieses Wasser ab. Kernkraftwerke strahlen Radioaktivität an die Luft ab, und sei es auch nur die sogenannte „low level radiation" (Niedrigstrahlung) im Normalbetrieb.

Wasser und Luft lassen sich nicht durch Grenzen aufhalten, sie sind weltumspannende Naturgegebenheiten, im Normalbetriebsfall eines Kernkraftwerks und erst recht im Stör- und Katastrophenfall. Kernkraftwerke unterliegen daher den wichtigsten Normen des völkerrechtlichen Umweltrechts: dem Verursacherprinzip, dem Vorbeugeprinzip, dem Vorsorgeprinzip und der Verpflichtung zu einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung unter Bedachtnahme auf die Interessen potenziell Geschädigter sowie verschiedenen Informationspflichten. Das Völkerrecht bietet dementsprechend Handhaben, und zwar mehr, als hier auf diesem knappen Raum erwähnt werden können.

Die wichtigsten Abhilfen nach Völkerrecht gegen Kernkraftwerke aus österreichischem Blickwinkel sind folgende:

1 Der einseitige Austritt Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag als Beginn eines allgemeinen Austrittsprozesses aus der EURATOM; Austritt aus der EURATOM und gleichzeitig Mitgliedschaft bei der EU sind möglich, auch wenn die österreichische Regierung und der Innsbrucker Europarechtler Obwexer das Gegenteil behaupten;

2 Die Selbstauflösung der EURATOM und der gleichzeitige Totalausstieg aus der Kernkraftnutzung in der EU und ihren Mitgliedstaaten, indem das völkerrechtliche Vorsorgeprinzip auf Kernkraftwerke so angewendet wird, wie dies schon lang hätte erfolgen müssen; ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH, Luxemburg – EU, EURATOM) könnte dies beschleunigen;

3 Staatenbeschwerden Österreichs vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR, Straßburg – Europarat) gegen Nachbarstaaten, die Kernkraftwerke betreiben, als Testfall insbesondere gegen die Tschechische Republik in Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Temelin, wegen jedenfalls der Verletzung der Rechte auf Eigentum, Wohnung sowie Privat- und Familienleben;

4 Eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH, Den Haag) gegen einen Staat, der ein oder mehrere Kernkraftwerke betreibt, sich in der näheren Umgebung Österreichs befindet und der Gerichtsbarkeit des IGH unterworfen ist, als Musterprozess.

Hier bietet sich vor allem Deutschland an, sollte eines der vorübergehend stillgelegten Kernkraftwerke nach Ablauf des Moratoriums wieder an das Netz gehen dürfen, und zwar zu diesem Zeitpunkt.

Mit jedem dieser Schritte würde Österreich völkerrechtliches Neuland betreten. Keine dieser Maßnahmen wurde bisher von irgendeinem Staat im Zusammenhang mit einem Kernkraftwerk ergriffen. Andererseits ist es jedem Recht zu eigen, dass seine Grenzen im Wege von streitigen Verfahren ausgelotet werden. Nur wer riskiert und alle denkbaren rechtlichen Schritte ergreift, hat für seine Bevölkerung getan, was er konnte. Die EU selbst ist dafür das beste Beispiel. Sie hat im Hormonstreit mit den USA und Kanada die Klärung erwirkt, dass das Vorsorgeprinzip eine völkerrechtliche Norm darstellt.

Rechtlich und politisch möglich

Unter diesem Prinzip versteht man, dass, wenn die Gefahr erheblicher (zum Beispiel irreversibler, künftige Generationen beeinträchtigender) Schäden für die Umwelt besteht, so sind die erforderlichen Maßnahmen auch zu treffen, wenn keine absolute wissenschaftliche Gewissheit darüber besteht, dass die befürchtete Umweltschädigung tatsächlich eintreten wird, beziehungsweise dass zwischen einem bestimmten Verhalten und den befürchteten Auswirkungen auf die Umwelt tatsächlich ein Kausalzusammenhang besteht.

Seit der IGH im letzten Jahr ein von Argentinien gegen Zellstofffabriken in Uruguay angestrengtes Verfahren entschieden hat, weiß man, dass das Gebot einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung bei Anlagen mit grenzüberschreitenden Umwelteinwirkungen nach Völkerrecht besteht. Wer aus dem EURATOM-Vertrag austritt und gleichzeitig EU-Mitglied bleibt, hat bewiesen, dass das rechtlich und politisch möglich ist.

Erdbebenland Chile bekennt sich zur Atomkraft …

(Santiago de Chile) Im Vorfeld der Lateinamerikareise von US-Präsident Barack Obama haben sich der chilenische Außenminister Alfredo Moreno Charme und der US-Botschafter in Santiago de Chile, Alejandro Daniel Wolf, auf einen Plan zur nuklearen Zusammenarbeit geeinigt. Im Gegensatz zu Venezuela, das sein Atomprogram nach der Katastrophe im japanischen Fukushima auf Eis gelegt hat, will die chilenische Regierung als viertes Land in Lateinamerika Strom aus eigenen Atomkraftwerken beziehen. Ein gutes Jahr nach dem verheerenden Erdbeben, das nach offiziellen Angaben mehr als 500 Menschen das Leben kostete, treffen die Atom-Pläne der Regierung auf Widerstand. Kein Wunder, wurde doch der aktuelle Atomunfall in Japan durch ein solches Erdbeben ausgelöst.

(Quelle: amerika21.de, 21.3.2011)

…und wehrt sich gegen Atomkraft

(Santiago de Chile) In Chile, wo seit längerem die Nutzung von Atomenergie auf der politischen Agenda steht, kam nach den Explosionen in den Reaktoren im japanischen Fukushima erneut öffentlich Kritik an den Atomplänen der rechtsgerichteten Regierung auf. Die Regierung hatte zuletzt mehrfach die klare Absicht verlauten lassen, ein Atomkraftwerk in Chile bauen zu wollen. Kritische Stimmen, nach denen Atomenergie in einem erdbebengefährdeten Land wie Chile mit einem überdurchschnittlichen Risiko behaftet wäre, wurden bisher mit dem Argument der Sicherheit moderner Atomtechnologie abgetan.

Angesichts von Ressourcenknappheit und CO_2-Emissionen wird Atomenergie auch in Chile gern als saubere und sichere Zukunftstechnologie propagiert, welche "Energiesicherheit" garantiere. Noch unter der linksgerichteten Regierung von Michelle Bachelet wurde eine Kommission zur Prüfung der Atomfrage eingerichtet.

Warnschild nahe den chilenischen Forschungsreaktoren El Aguirre und La Reina

Nach den katastrophalen Ereignissen in Japan haben Senatoren der sozialdemokratischen Partido Socialista (PS) sowie des linken Parteienbündnisses MAS die Regierung aufgefordert, die Nutzung von Atomenergie in Chile als dem erdbebengefährdetsten Land der Region definitiv auszuschließen. Beide Gruppierungen betonten ihre Zweifel daran, dass Chile eine solche Katastrophe im Falle eines schweren Erdbebens besser in den Griff bekäme als Japan. PS-Senator Fulvio Rossi betonte zudem das Entsorgungsproblem bei Atommüll.

Selbst eine Abgeordnete der rechten Regierungspartei Renovación Nacional von Präsident Piñera, Karla Rubilar, verkündete via Twitter, „dass Atomenergie mit Chile nicht vereinbar" sei. Ein Abgeordneter der rechten UDI, Juan Lobos, verteidigt die Errichtung von Atomkraftwerken hingegen mit dem Argument, die Atomkraftwerke in Japan seien 30 Jahre alt und nicht mit den geplanten Reaktoren vergleichbar. Energieminister Laurence Golborne ließ indes verlautbaren, dass die Atomenergie „eine der vielen Optionen ist, die wir analysieren müssen." Es sei aber noch nichts beschlossen. Er räumte allerdings ein, dass die Ereignisse in Japan Konsequenzen für die Diskussion haben werden.

Die Internetzeitung El Mostrador erinnert indes an den traurigen Erdbeben- und Tsunami-Rekord in Chile 1960 in Valdivia. Das Erdbeben erreichte damals einen Wert von 9,4 Grad auf der Richterskala.

(Quelle: amerika21.de, 16.3.2011)

hot spots INTERNATIONAL – DEUTSCHLAND

Atomproteste in Deutschland am 26.3.2011

Hier Wirtschaftsminister Brüderle (FDP), der bei einem Treffen hiner verschlossenen Türen mit Wirtschaftskapitänen diese beruhigte, daß das von Kanzlerin Merkel verkündete Moratorium für acht deutsche Atomkraftwerke eh nur taktische Gründe habe. Wie für die Atomgegner auf der Hand lag: die 3-monatige Aussetzung des Betriebs sollte den Atomparteien CDU/CSU und FDP die anstehenden Landeswahlen besser überstehen lassen.

Bei Sonne für Sonne in Barcelona

17.4.2011 – Großdemonstration

e-Mail-Mitteilung der grup de cientifics i tècnics per un futur no nuclear [gctpfnn@energiasostenible.org]

Venezuelas Absage an Atomkraft trifft auf Zustimmung

(Bogotá) Der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos hat die Einstellung des venezolanischen Atomprogramms am Rande einer öffentlichen Veranstaltung begrüßt. „Wir müssen uns nicht nur mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen", sagte der konservative Politiker am Rande eines Umweltforums im Beisein des ehemaligen US-amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore. Es gelte auch, vom Menschen gemachte Katastrophen zu vermeiden, zitierte die staatliche venezolanische Nachrichtenagentur AVN den Staatschef.
Auch die venezolanischen Angeordneten im Lateinamerikanischen Parlament (Parlatino) begrüßten in einem Kommuniqué die Entscheidung der Regierung in Caracas. Die Vizepräsidentin des Regionalparlamentes und ehemalige venezolanische Umweltministerin Ana Elisa Osorio drang zugleich darauf, die Energieproduktion Venezuelas aus unterschiedlichen Quellen zu speisen. „Wir müssen bei der Entwicklung sauberer Energie wie Solarenergie vorankommen", sagte die Politikerin. Die Atomenergie müsse aufgrund der Risiken sorgsam geprüft werden.

(Quelle: amerika21.de, 17.3.2011)

Peru „mindestens hundert Jahre" ohne Atomstrom

(Lima) Infolge der Atomkatastrophe in Japan hat sich der peruanische Präsident Alan García deutlich gegen die Nutzung von Atomenergie in seinem Land ausgesprochen. Aufgrund der vorhandenen Ressourcen Wasser, Gas und Öl könne Peru „für hundert Jahre oder mehr frei von dieser Bedrohung" bleiben, sagte García. Dies gelte umso mehr, weil Peru ein erdbebengefährdetes Land sei.
In Absprache mit seinen Ministern will der Präsident ein Gesetz vorschlagen, das Peru zum „Atomfreien Territorium" erklären soll. Die Kandidatinnen und Kandidaten der Präsidentschaftswahlen, die am 10. April stattfinden werden, rief er dazu auf, sich in der Atomfrage ebenfalls zu positionieren.
Bereits vor der Atomkatastrophe hatte Peru darauf gesetzt, vor allem durch die Errichtung neuer Wasserkraftwerke zu einem der führenden Energieproduzenten in Südamerika aufzusteigen. Geplante Überschüsse sollen an Brasilien und Chile exportiert werden. Da diese Pläne gewaltige Infrastrukturprojekte wie etwa den Bau von Staudämmen im Bereich des Amazonas voraussetzen, ist mit Protesten zu rechnen. Menschenrechts- und Umweltgruppen werfen der Regierung vor, derartige Projekte ohne Einbeziehung der betroffenen Anwohner durchzuführen.

Der peruanische Präsident Alan García: Keine Atomkraft in 100 Jahren

(Quelle: amerika21.de, 23.3.2011)

Jörg Schindler

Öldämmerung

Deepwater Horizon und das Ende des Ölzeitalters
oekom verlag, München
März 2011, 128 Seiten, 12,95 EUR
ISBN-13: 978-3-86581-246-9

Bis zum letzten Tropfen Das Ende des Ölzeitalters und die Zeit danach

Es war die größte Umweltkatastrophe in der Geschichte der Vereinigten Staaten – und ist doch schon wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Die Bohrer drehen sich wieder in die Böden der Weltmeere, die Auflagen für Tiefseebohrungen wurden gelockert. Business as usual. Jörg Schindler dagegen deutet den Untergang der Förderplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko als letzten Weckruf für eine vom Öl abhängige Welt. Das schwarze Gold ist der Treibstoff unserer Weltwirtschaft, die Grundlage unserer Lebensweise und trotz deutlicher Anzeichen dafür, dass ein grundsätzliches Umsteuern in der Energiepolitik unvermeidbar ist, werden mit immer höherem Aufwand auch noch die letzten Tropfen Öl aus immer größeren Tiefen geholt – mit erheblichen Kosten und einem hohen Risiko für Mensch und Umwelt. In seinem neuen Buch „Öldämmerung", das am 8. März im oekom verlag erscheint, zeichnet Jörg Schindler die Havarie der Deepwater Horizon und ihre Hintergründe noch einmal nach. Er zieht daraus den Schluss, dass die Zeiten billiger fossiler Energie endgültig vorbei sind und der Welt ein tiefgreifender Umbruch bevorsteht: Wir müssen uns jetzt auf ein „Danach" einstellen, denn ein "Weiter so" kann es nicht geben.

780 Millionen Liter Rohöl waren nach dem Untergang der Föderplattform ins Meer geströmt – ein immenser ökologischer Schaden, nicht nur für das Ökosystem im Golf von Mexiko, sondern auch für die Wirtschaft der betroffenen Region. Doch die langfristigen Auswirkungen dieser „Ölförderung um jeden Preis" sind viel tiefgreifender. Für Energie-Experte Jörg Schindler war die Katstrophe nur ein letztes Zeichen dafür, dass „Peak Oil", jener Zeitpunkt, an dem das globale Ölfördermaximum errreicht ist, längst Realität und kein übertriebenes Szenario einiger Umweltschützer ist – auch wenn es von der Öffentlichkeit praktisch nicht zur Kenntnis genommen wird. Das „Endspiel" des Ölzeitalters hat längst begonnen und es läutet den Anfang vom Ende des fossilen Zeitalters ein. In „Öldämmerung" führt Schindler anhand des Deepwater-Desasters in die aktuelle Debatte um die Zukunftsgestaltung mit erneuerbaren Energien ein. Er erklärt Bedeutung und Geschichte von Peak Oil, gerade vor dem Hintergrund der hochriskanten Ölbohrungen in der Tiefsee. Vor allem aber ruft er die Menschheit dazu auf, sich aus der Abhängigkeit vom schwarzen Gold zu befreien, endlich die Herausforderung des anstehenden Strukturwandels anzunehmen und den Weg einer nachhaltigen Energieversorgung einzuschlagen – denn erst das macht eine zukunftsfähige, postfossile Welt möglich.

„Das in seiner Aktualität und Tragweite noch nicht wirklich wahrgenommene Zu-Ende-Gehen des fossilen Zeitalters ist jetzt erlebbar beim Öl. Öl ist die Leitwährung des fossilen Zeitalters. Öl ist die Basis der Lebensweise im industrialisierten Teil der Welt. Den Übergang hin zu einer postfossilen Welt positiv und proaktiv zu gestalten ist die große gesellschaftliche Zukunftsaufgabe. Sie steht jetzt an. Das Desaster der Deepwater Horizon ist ein letzter Weckruf." *(Jörg Schindler)*

Jörg Schindler war bis Ende 2008 Geschäftsführer der Ludwig-Bölkow-Stiftung. Er war Mitglied in der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Neue Energie für das neue Jahrtausend" und ist Gründungs- und Vorstandsmitglied der ASPO (Association for the Study of Peak Oil and Gas) Deutschland.
Erhältlich im Buchhandel, unter www.oekom.de oder bei: Verlegerdienst München GmbH, Gutenbergstraße 1, 82205 Gilching (Deutschland). Tel. +49/(0)81 05/388-577

Die Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima im Gefolge des Erdbebens im März 2011 brachte der Weltöffentlichkeit schlagartig wieder die Risiken der Atomtechnologie in Erinnerung. In dem 1977 erschienenen Buch „Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit" hat Robert Jungk eindrücklich vor „dem lebensfeindlichen Charakter" dieser neuen Energie gewarnt. Seine Warnungen sind hochaktuell geblieben.

„Mit der technischen Nutzbarmachung der Kernspaltung wurde der Sprung in eine ganz neue Dimension der Gewalt gewagt. Zuerst richtete sie sich nur gegen militärische Gegner. Heute gefährdet sie die eigenen Bürger. Denn ‚Atome für den Frieden' unterscheiden sich prinzipiell nicht von ‚Atomen für den Krieg'. Die erklärte Absicht, sie nur zu konstruktiven Zwecken zu benutzen, ändert nichts an dem lebensfeindlichen Charakter der neuen Energie." (Der Atomstaat, S. 9)

Einführung in das Buch von Hans Holzinger (IBZ / Robert-Jungk-Bibliothek, Salzburg) auf http://www.jungk-bibliothek.at/atomstaat.htm. Sein Text basiert auf einem Vortrag am 30.4.2009 an der Universität Paris. Erstellt mit Unterstützung der Elfi-Gmachl-Stiftung Atomfreie Zukunft (EGS).

EINFÜHRUNG

Ein neuer Begriff für eine neue Gefahr
Lebensfeindlicher Charakter dieser neuen Energie
Vom Philosophen und dem Reporter des Atomzeitalters

DIE KAPITEL DES BUCHS

Kapitel 1: „Das Strahlenfutter“ – die Mitarbeiter der AKWs
Kapitel 2: „Die Spieler“ – Atomforscher
Kapitel 3: „Homo atomicus“ – Fehlbarkeitsfaktor Mensch
Kapitel 4: „Die Eingeschüchterten“ – Unbequeme zum Schweigen bringen
Kapitel 5: „Die Weiterverbreiter“ – Gefahr der Proliferation
Kapitel 6: „Atomterroristen“ - Plutoniumschmuggel
Kapitel 7: „Die Überwachten“ – Freiheitsrechte
Ausblick: „Der sanfte Weg“

Fahrt zur Anti-AKW-Demonstration in Temelin (Foto: JBZ-Archiv / 90er-Jahre)

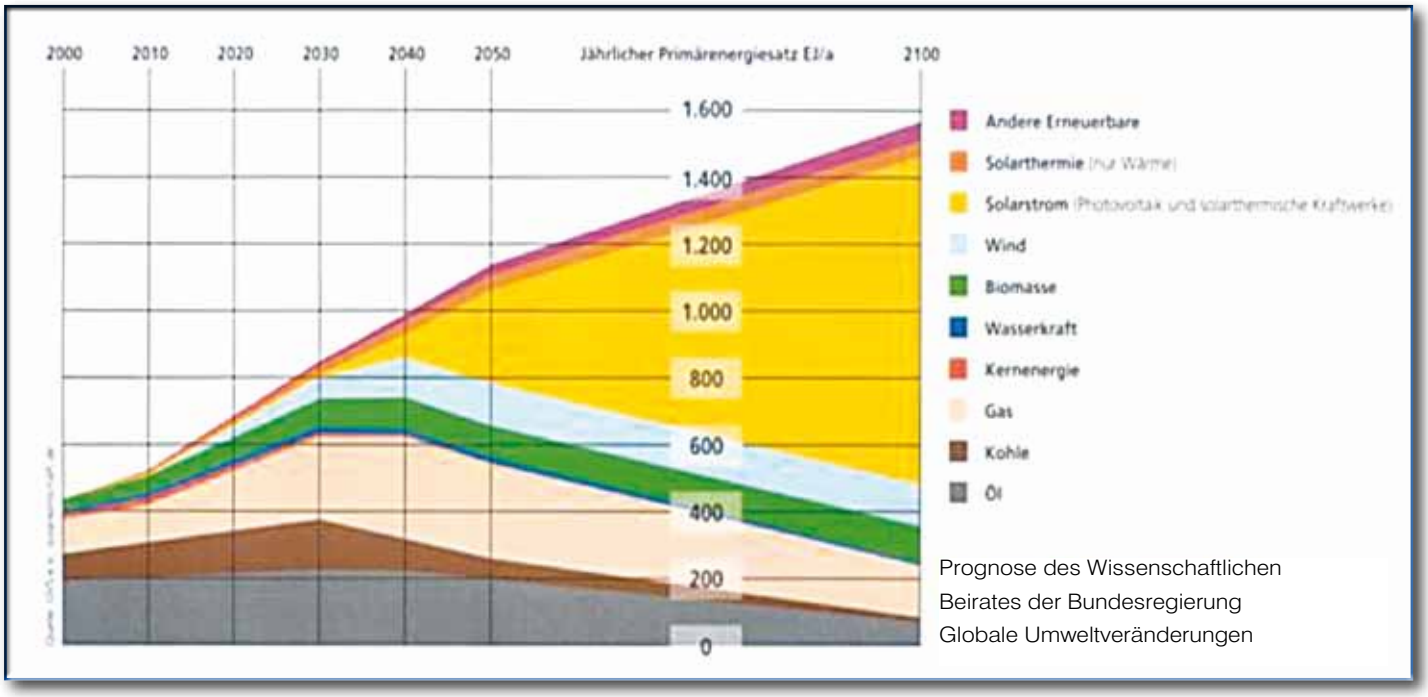
Links: *Auf Spiegel-Online ist der Beitrag* ***„Der Atomstaat. Thesen gegen Supertechnik“*** *von Klaus Traube (damals ausgestiegener hoher Atommanager) vom 26.12.1977 nachzulesen. – Im Deutschlandfunk vom 20.9.2010 gab es eine Sendung* ***„Überraschend aktuell. Robert Jungk: Der Atomstaat“*** *von Georg Ehring. - Auch Wikipedia informiert über Robert Jungk, sein Werk und seine Stiftung. - Der Journalist Mathias Greffrath hat das Interview mit Robert Jungk* ***„Ein Agitator fürs Überleben“*** *online verfügbar gemacht.*

Einstieg in eine Solarsparwirtschaft

Atomenergie trägt weltweit nur an die 6 Prozent zum Energieaufkommen bei, auch wenn in einzelnen Staaten die Abhängigkeit groß ist: in Frankreich sind es über 75 Prozent, in Litauen etwa 64 Prozent, Deutschland liegt bei „nur“ 25 Prozent und Japan bei 22 Prozent.
Ein 100 Prozent-Umstieg auf erneuerbare Energieträger bis 2050 gekoppelt mit einer drastischen Erhöhung der Energieeffizienz ist machbar – den politischen Willen vorausgesetzt! Der WIFO-Klimaexperte Stefan Schleicher sieht für Österreich Energieeinsparpotenziale von 50 Prozent bis 2050! Vorsichtigere Prognosen gehen von einem Totalumstieg zumindest bis Ende des Jahrhunderts aus. Nuklearenergie spielt dabei keine Rolle mehr (siehe Grafik).
Doch es ist zu erwarten, dass die Verteidiger der Atomlobby bald wieder zu vernehmen sein werden. Wesenskern von Demokratie ist jedoch, dass wir als Bürger und Bürgerinnen gefragt werden, welche Energie wir wollen und wie viel wir bereit sind dafür zu zahlen.
Gepaart muss dies freilich sein mit weniger aufwändigen Lebensstilen in einer „Solarsparwirtschaft“, die auch aus anderen Nachhaltigkeitsgründen geboten sind.
Eine eher vorsichtige Prognose des Wissenschaftlichen Beirates der deutschen Bundesregierung Globale Umweltveränderungen sieht die größten Potenziale in Photovoltaik und solarthermischen Kraftwerken.

(Quelle: Hans HOLZINGER, Robert-Jungk-Bibliothek, & Sonnenzeitung, März 2011)

Veränderung des weltweiten Energiemixes bis 2100



Prognose des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

ANTI-ATOMPOLITIK JEZT!

DEMO
25.4.
17:00

SALZBURG
MIRABELLPLATZ

18:00
Großkundgebung
am Domplatz

Es reicht!

TSCHERNOBYL FUKUSHIMA
Ausstieg FÜR IMMER!

WEIL STRAHLUNG KEINE GRENZEN KENNT!

WWW.ATOMAUSSTIEG-SALZBURG.AT

Kontakt: info@atomausstieg-salzburg.at

Spendenkonto "Atomausstieg Salzburg" | Konto-Nr.: 341-0653.32 | BLZ: 15090 | Oberbank

Der nuklare Albtraum von Fukushima ist ein Handlungsauftrag ohne Wenn und Aber.
Für uns, für Bundes- und Landesregierungen.

Deshalb fordern wir:

- Kopmpromissloses Eintreten der österr. Politik für **ein atomfreies Europa!**
- Eine **unverzügliche EURATOM-Reform,** sonst muss Österreich austreten!
- EU-weit verschärfte **Haftung für Atomunfälle!**
- Stop dem Handel mit Atomstrom! (Salzburg AG, Verbund, etc.)
- Österreichische **Banken und Konzerne:** Raus aus AKW-Beteiligungen!
- Sofortige **Senkung der Strahlengrenzwerte** für Lebensmitte!
- Massive **Förderung von Energieeffizienz & Ausbau erneuerbarer Energien**

Was kann ich aktiv tun:

- **Mitmachen / Kontakt aufnehmen:** Schreib uns! **info@atomausstieg-salzburg.at**
- **Unterstütze die PLAGE:** Mitglied werden, PLAGE-Zeitschrift abonnieren!
- **Zeichen setzen:** Antiatom-Aufkleber auf Auto, Rad, Kinderwagen, Rucksack usw!
- **Finanzielle Hilfe:** Konto 63040, BLZ 20404

Pb.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 3-4 mal pro Jahr (2010 wegen Krankheit 2x). Die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

P L A G E
Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Homepage: www.plage.cc

I M P R E S S U M

PLATTFORM NEWS

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff. Vereinsadresse, Redaktion: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567. Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau